

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Unser Tag. 1950-1950 1950

69 (29.3.1950)

WISER TAG

Verlag: Badische Zeitungsverlags-Gesellschaft m. b. H., Mannheim, S 2, 10, Fernruf Nr. 42 60. Redaktion: Mannheim, S 2, 10, Fernruf Nr. 41 55. Chefredakteur: Hermann Jerrentrup. Landesredaktion: Freiburg, Vaubanstraße 13, Fernruf 3249. Vertriebsstellen: Offenburg, Friedrichstraße 42; Rastatt, Kaiserstraße 1; Freiburg, Vaubanstraße 12; Lörrach, Feidbergstraße 7; Konstanz, Hussenstraße 49.

Volkszeitung für Baden

Ercheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen. Bezugspreis DM 3,50 einsch. Trägerlohn. Bei Postzustellung DM 3,00 aus DM --,54 Zustellgebühr. Bankverbindung: Allg. Bankgesellschaft Mannheim, Kto.-Nr. 14 77, Städt. Sparkasse Mannheim, Kto.-Nr. 227, Postscheckamt Karlsruhe, Kto.-Nr. 629 19. Anzeigenpreise: Anzeigenpreisliste 5. Anzeigen werden entgegengenommen in all. Vertriebsfilialen.

Jahrgang 5 / Nr. 69

Mittwoch, 29. März 1950

Preis 15 Pfg.

Aus dem Inhalt:

Freiheit für Landwehr, Holländer und Stertzenbach!

Das friedliebende Holland verteidigt Den Haag

Bittere Pille für die westlichen Kriegstreiber

Hetze statt sachliche Arbeit im Bundestag

Ein neuer Triumph unseres Planes

Die Preissenkung bei der HO

Als Direktor Baender von der HO in der gestrigen Pressekonferenz seine Darlegungen über die Preissenkung bei der HO, die morgen in Kraft tritt, beendet hatte, erntete er lebhaften Beifall. Dieser für eine Pressekonferenz ungewöhnliche Vorgang war zweifellos darauf zurückzuführen, daß außer den berufsmäßigen Journalisten auch Betriebszeitungsredakteure vertreten waren, die als werktätige Menschen den unmittelbaren Wert der HO-Preissenkungen besonders gut einzuschätzen wissen. Es wird in unserer Republik und in Berlin wohl wenig werktätige Menschen geben, die diesem Beifall nicht zustimmen, wenn sie lesen, in welchem Ausmaß die HO ihre Preise senkt. Aber es sitzen heute besonders in Westberlin sicherlich auch zahlreiche Menschen am Küchentisch oder in ihrer „guten“ Stube und rechnen sich ärgertlich aus, was sie verloren haben, weil sie vor einer Woche auf den Westberliner Währungsschwindel hereingefallen sind. Hereingefallen, obwohl sie schon einmal von denselben Westzeitungen und demselben RIAS in derselben Weise belogen und betrogen wurden.

Diejenigen aber, die sich nicht ins Bockshorn jagen ließen und nicht so dumm waren, ihre wertvolle Ostmark sinnlos auszugeben, sie stellen heute fest, daß dieses Geld, unser Geld, wieder einmal beträchtlich im Wert gestiegen ist. Sie können sich dafür am morgen wesentlich mehr kaufen als bisher. Das ist wirkliche Wertsteigerung und kein Wechselstubschwindel wie bei der B-Mark, von dem der „kleine Mann“ nur Schaden hat. Stellen wir gleich fest: Es wird nicht das letztemal sein, daß unser Geld so im Werte steigt. Derselben Kräfte, die uns diese Preissenkung bei der HO brachten, die Werktätigen und vor allem die Aktivisten unserer volkseigenen und ähnlichen Betriebe, arbeiten planmäßig weiter und werden ihr Ziel erreichen. Dieses Ziel heißt, den Zweijahresplan bis Juli zu erfüllen und die Qualität der Produktion so zu verbessern, daß jeder Käufer mit der Ware zufrieden sein kann.

Das geschieht planmäßig. Der Plan ist das Gesetz unseres Handelns. An der Durchführung dieses Gesetzes kann und wird uns keine Störungsaktion der monopolkapitalistischen Kräfte des Westens hindern. Das beweist die gestern bekanntgegebene erste Preissenkung der HO im Jahre 1950, die eine der vielen, im Gesetz der Deutschen Demokratischen Republik vom 22. Februar 1950 festgelegten Maßnahmen zur besseren Versorgung der Bevölkerung ist. In Durchführung dieses Gesetzes hat die HO der Regierung ihren Plan für die Preissenkungen und andere wichtige Maßnahmen schon am 28. Februar eingereicht. Und in diesem Plan stand u. a. (unter anderem!) auch die Preissenkung vom 27. März 1950.

Wir betonen das deshalb so ausdrücklich, weil es zeigt, daß der Gegner uns das Gesetz des Handelns nicht aufzwingen kann. Im Gegenteil, wir zwingen es ihm auf. Wenn westliche Seifenfabrikanten, die noch vor kurzem der HO ihre Preise diktierten, heute zu uns kommen und um Aufträge zu jedem annehmbaren Preis bitten, dann zeigt das die wachsende Überlegenheit unserer Wirtschaftsplanung gegenüber der Wirtschaftsanarchie des Westens, die in den Fesseln des Marshallplanes nur die Bewegungsfreiheit nach unten hat. Dahin kam die westdeutsche und die Westberliner Wirtschaft durch die von den Westmächten 1948 in London beschlossene separate Währungsreform und die Schaffung des Bonner Separatstaates, durch die Adenauer- und Schumacher-Politik und ihren „Handelskrieg“ gegen unsere Republik. Das Ergebnis ist — um beim Beispiel der Seife zu bleiben — die Preissenkung um 50 Prozent aus eigener Kraft.

Fortsetzung Seite 2

An alle Menschen, die guten Willens für den Frieden sind!

Appell des Weltfriedenskomitees zur Einberufung eines neuen Weltkongresses der Kämpfer für den Frieden

Stockholm. Das Komitee des Weltkongresses der Kämpfer für den Frieden hat auf der dritten Vollversammlung in Stockholm die Initiative zur Einberufung eines neuen Weltkongresses der Kämpfer für den Frieden ergriffen. Der Appell des Komitees lautet:

Wir rufen alle Menschen guten Willens, sich in einem neuen Weltfriedenskongress vertreten zu lassen, welcher in Italien im vierten Trimester des Jahres 1950 stattfinden wird.

Wir laden dorthin ein alle sozialen, religiösen und kulturellen Gemeinschaften, alle ehrlichen Menschen, ganz gleich, welches ihre Ansicht über den Ursprung der gegenwärtigen internationalen Spannungen ist, und die dadurch beunruhigt sind und ehrlich die Wiederherstellung der friedlichen Beziehungen unter den Nationen wünschen. Wir unterbreiten ihnen als erste Grundlage zur Verständigung das Verbot der Atomwaffe und die Verurteilung jeder Regierung, die als erste von ihr Gebrauch machen würde.

Das sind die Forderungen des Weltfriedenskongresses:

Wir fordern das absolute Verbot der Atomwaffe, der Waffe des Schreckens und der massiven Vernichtung der Völker.

Wir fordern die Einrichtung einer strengen internationalen Kontrolle, um die Anwendung dieser Maßnahme des Verbots zu garantieren. Die Regierung, welche als erste die Atomwaffe gegen irgendein anderes Land anwenden würde, würde ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit begehen und sollte als Kriegsverbrecher behandelt werden.

Wir rufen alle Menschen, die guten Willens sind, in der ganzen Welt auf, diesen Appell zu unterzeichnen!

Für diese Forderungen bekennst du dich durch Einzeichnung in die vom 9. April bis 1. Mai aufliegenden Listen der Friedensrunde

Die Lüge über Massenausweisungen festgenagelt

Hannover. (E.B.) Der niedersächsische Flüchtlingsminister Albertz (SPD) sah sich gezwungen, gegen die Lügenheize, daß neue Massenausweisungen Deutscher aus der Tschechoslowakei und Polen geschehen würden, in der sich auch die Mehrheit des Bundestages wohl fühlt und bei der sich die gesamte lizenzierte Presse überschlug, zu wenden. Ausdrücklich betont Flüchtlingsminister Albertz, daß es sich bei den ankommenden Umsiedlern um Menschen handelt, die seit Jahren um ihre Fahrt nach Westdeutschland und um die Wiedervereinigung mit ihren hier lebenden Angehörigen nachgesucht und gekämpft haben.

Die Transporte bedeuten keinerlei Massenausweisungen, wie es die britische Besatzungsbehörde zur Begründung ihrer Weigerung, die Umsiedler aufzunehmen, behauptet hat. Freiwillig, ohne jeden Zwang, sind diese Umsiedler an die Zonengrenzen gekommen. Flüchtlingsminister Albertz erklärte, daß, gleich, welche Schwierigkeiten auch immer von den Alliierten gemacht werden, diese Menschen in Westdeutschland aufgenommen werden müssen. Es dürfe nicht der Eindruck entstehen, daß von sowjetischer Seite etwas unternommen worden sei, um der Bundesrepublik Schwierigkeiten zu bereiten.

Das sollen sich die alliierten Stellen und jene, die im Bundestag zu willkommener Hetze die Angelegenheit aufgegriffen haben, ins Stammbuch schreiben.

3600 Kinder aus Watenstedt eingeladen

Magdeburg. (E.B.) Bei der Außenstelle der Zentralkommission für die Solidarität mit Watenstedt-Salzgitter in Magdeburg-Rotensee lagen bis Montag 3620 Einladungen für Kinder aus Watenstedt-Salzgitter vor. Der überwiegende Teil der Einladungen erging von Landes-, Kreis- und Ortsausschüssen der Nationalen Front. Darüber hinaus wurden zahlreiche Kinder von Betriebsbelegschaften und auch von Privatleuten eingeladen.

Am Sonntag trafen in Wernigerode 130 Kinder von Erwerbslosen aus dem Indu-

striegebiet Watenstedt-Salzgitter ein. Sie wurden nach dem Harzkurort Schierke weitergeleitet.

Spende der Presse

Berlin. (E.B.) Der erweiterte Vorstand des Verbandes der deutschen Presse beschloß in seiner Sitzung am 27. März, für die Neuschaffung einer Rotationsmaschine als Ersatz für die von den britischen Besatzungsbehörden in Hannover beschlagnahmte Maschine 5000 DM zur Verfügung zu stellen.

Die Katholiken auch für Vietnam Beschwerde an den Papst mit Kopie nach Washington

Noch nicht einmal die zwei Millionen Katholiken in Indochina konnten für den Marionettenkaiser der Kolonialherren Bao Dai gewonnen werden, obwohl 405 europäische katholische Missionare, 1439 eingeborene Priester und drei Bischöfe mit dieser Aufgabe vom Papst betraut wurden, stellt die „New York Herald Tribune“ vom 24. März 1950 mit Entsetzen fest und fügt hinzu: „Es ist unbestreitbar, daß sich bisher die Mehrheit der Katholiken zu Gunsten des Vietnam (der nationalen Befreiungsbewegung d. Red.) ausgesprochen haben. Einige haben sogar in seinen Reihen gekämpft“. Der päpstliche Nuntius in Saigon begnügte sich, wie das Blatt nach einem Auszug aus der Pariser satirischen Wochenzeitung „Le Comrod Enchaîné“ weiter meldet, nicht damit, diesen Mißerfolg dem Papst zu melden, sondern schickte, wie sich das offenbar für einen eifrigen päpstlichen Gesandten ziemt, eine Kopie seines Briefes an das Weiße Haus in Washington.

Ein zweites Vietnam

Kommunistische Partei Großbritanniens zum Kolonialkrieg in Malaya

London. (E.B.) Die KP Großbritanniens appelliert in einem veröffentlichten Manifest an alle Gewerkschaften und Genossenschaften, an die Jugend-, Studenten- und Frauen-Organisationen, sich in einer Massenbewegung zusammenzuschließen und von der Regierung die Einstellung des Kolonialkrieges gegen das malayische Volk zu verlangen. Der Krieg gegen die gut organisierte und entschlossene Unabhängigkeitsbewegung in Malaya nehme immer größere Ausmaße an, und die britischen Truppen versuchten, durch Massenhinrichtungen, Bombardierung schutzloser Eingeborenenorte sowie durch Verhaftung und Deportation von Hunderttausenden von Menschen den Freiheitswillen des malayischen Volkes zu ersticken. Im Manifest wird darauf hingewiesen, daß die Verstärkung der

Kolonialtruppen in Malaya eine zusätzliche Belastung des Staatshaushaltes bedeutet, die ja von den Werktätigen getragen werden muß.

Bidault-Regierung verweigert Einreisevisa

Paris. (E.B.) Den zum 12. Kongress der KP Frankreichs eingeladenen Vertretern der kommunistischen und Arbeiterparteien der Volksdemokratien hat die französische Regierung die Einreisevisa verweigert. Den Anträgen der Delegierten der SED auf Visumerteilung wurde bisher noch nicht stattgegeben.

Die KP Frankreichs protestiert gegen die antidemokratische Haltung der Regierung und fordert alle demokratischen Organisationen auf, energisch bei Bidault vorstellig zu werden, um die Einreiseerlaubnis für alle zu dem Kongress eingeladenen Delegierten zu erwirken.

Ganz wie bei uns!

Auch japanische Reaktionen müssen doppelzünftig reden

Der japanische Premierminister Yoshida gab gleichzeitig zwei Erklärungen ab. In einer für die Öffentlichkeit bestimmten sagte er, seine Regierung sei gegen die Wiederaufrüstung Japans. Gleichzeitig brachte er aber die aggressiven Absichten der im amerikanischen Solde stehenden japanischen Reaktionen vor dem Haushaltsausschuß des japanischen Oberhauses zum Ausdruck, wo er sich dahingehend äußerte, die in Japan weit verbreitete Auffassung, daß Japan in völliger Neutralität seine Sicherheit finden könne, sei „unrealistisch“. Die reaktionäre „New York Herald Tribune“ vom 24. März 1950 widmet diesem Zwiespalt folgenden Kommentar:

„Die Bemerkungen des Ministerpräsidenten Yoshida wurden hier in diplomatischen Kreisen als ein Schritt interpretiert, mit dem bezweckt werden soll, dem wachsenden Widerstand der Volksmassen zu begegnen, die sich dagegen wenden, daß den USA nach Abschluß eines Friedensvertrages noch Rechte eingeräumt werden, militärische Stützpunkte in Japan zu unterhalten.“

Warum schweigen Sie, Herr Lukaschek?

Fragen, deren wahrheitsgemäße Beantwortung ein Lügengebäude einstürzen lassen

Bonn. (E.B.) In der Bundestagsdebatte über die Zurückweisung deutscher Umsiedler aus Polen durch britische Militär und die dabei von der Rechtsparlamentarier aufgestellten unwahren Behauptungen, hat der zuständige Minister, Dr. Lukaschek, geschwiegen. Der Bonner Journalist Wilh. K. Gerst richtet deshalb folgende öffentliche Fragen an den Minister:

Einige Abgeordnete haben die angebliche „Ausweisung“ an jene Deutschen, die in Wirklichkeit zu ihren Verwandten nach Westdeutschland wollen, als ein „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ bezeichnet. Auch von britischer Seite wird heute in Frankfurt ebenfalls behauptet, „die Massenausweisungen“, wie sie jetzt die polnische Regierung vornimmt, stellen ein Verbrechen dar, das gegen die Grundsätze der Menschlichkeit verstoße.

Innen, Herr Bundesminister, sind alle Einzelheiten in dieser Sache bekannt, deshalb frage ich Sie:

Ist es richtig, daß diese Deutschen nicht ausgewiesen wurden, sondern den Wunsch haben, zu ihren Verwandten nach Deutschland zu kommen?

Ist es richtig, daß es sich vorläufig nur um diese 50 000 Deutsche handelt, von denen

20 000 in die DDR und 25–30 000 nach Westdeutschland wollen?

Ist es richtig, daß die britische Gesandtschaft in Warschau von jedem dieser Umsiedler 800 Zloty für die Ausfertigung des britischen Permits verlangte?

Ist es richtig, daß diese Umsiedler einen wesentlichen Teil ihres Eigentums mitnehmen und den Rest in Polen verkaufen konnten?

Ist es richtig, daß diese Umsiedler daher den Gegenwert in der DDR ausbezahlt erhalten und warum beweist die westdeutsche Bundesrepublik nicht das gleiche Entgegenkommen diesen Deutschen?

Ist es richtig, daß alle Umsiedler, die auf britische Anweisung, obwohl sie im Besitz aller erforderlichen Paßer sind, nicht nach Westdeutschland einreisen dürfen und nun seit Tagen an der Zonengrenze warten, von der Deutschen Demokratischen Republik bereitwillig aufgenommen werden?

Ist es richtig, daß alle übrigen Deutschen in Polen, es werden etwa 90 000 sein, die ebenfalls nach Deutschland wollen, jedoch keine Verwandte hier haben, in der DDR Asyl angeboten worden ist?

Sagten Sie nicht selbst in einer Pressekonferenz, daß diese Deutschen den Wunsch hätten, nach Deutschland zu kommen?

Warum haben Sie diese Tatsachen im Plenum nicht vorgebracht und warum schweigen Sie zu den unwahren und ungerechtfertigten Angriffen im Plenum gegen die polnische Regierung?

Wer handelt in dieser Sache gegen die Menschlichkeit? Die polnische Regierung oder die britische Militärregierung?

Sprechen Sie, Herr Minister Dr. Lukaschek, sprechen Sie im Interesse der Deutschen, die nach Deutschland kommen wollen und von den westlichen Besatzungsmächten daran gehindert werden, ihren künftigen Wohnsitz frei zu wählen. Geben Sie der Wahrheit die Ehre.

Widerstand gegen Verfassungsbruch ist Jedermanns Pflicht!

Protest gegen das vom hessischen Innenminister genehmigte Versammlungsverbot

Frankfurt. (Eig. Ber.) In einer Erklärung des Sekretariats des Landesverbandes der KPD Hessen wird protestiert gegen das vom FDP Landrat von Rothenburg, Herrn Seraphim, beantragte und vom hessischen Innenminister Wagner genehmigte Verbot der Versammlungen des Landes-Ausschusses für deutsche Einheit.

Die KPD im Lande Hessen protestiert schärfstens gegen jeden Versuch, die vielfach durchlöcherichte hessische Verfassung erneut zu brechen und erklärt, daß sie die rechtswidrigen Anordnungen des Ministers Wagner nicht anerkennt.

Landesausschuß protestiert beim Landtag

Der Landesausschuß für deutsche Einheit wandte sich in einer Eingabe an die vier Landtagsfraktionen, das Landtagspräsidium und an den Ministerpräsidenten und ersuchte im Hinblick auf die in der hessischen Verfassung garantierte Versammlungsfreiheit unverzüglich die vom Innenministerium rechtswidrig verhängten Versammlungsverbote rückgängig zu machen.

Oskar Müller und Emil Carlebach mit dem Schutz der Versammlungen beauftragt

Der Bundestagsabgeordnete und Landesvorsitzende der KPD Hessen, Oskar Müller und der stellvertretende Fraktionsvorsitzende der hessischen Landtagsfraktion

der KPD, Emil Carlebach, wurden vom Landesvorstand der KPD Hessen beauftragt, den Schutz der von Wagner verfassungswidrig verbotenen Versammlungen des Landesauschusses für deutsche Einheit in Melsungen und in Bad Wildungen zu übernehmen.

Bundestag tut verschämt

KPD: Wir halten die Diäten zu hoch!

Bonn. (E.B.) Eine etwas verschämte Art legte die Mehrheit des Bundestages an den Tag, als der Gesetzentwurf über die Einkünfte (Diäten) der Bundestagsabgeordneten eingebracht und beraten werden sollte. Dieser Entwurf ist schon seit Wochen im Haushaltsausschuß besprochen und fertiggestellt worden. Außer der KPD-Fraktion und der WAV scheinen ihn alle Fraktionen zu billigen, und trotzdem wurde gerade dieser Antrag so geheimnisvoll behandelt, daß weder die Presse noch die Abgeordneten selbst die Drucksache mit dem Gesetzentwurf vor der Sitzung des Bundestages in den Händen hatten. Selbst der Abgeordnete, der beauftragt war, den Gesetzentwurf zu begründen, glänzte durch Abwesenheit, und so war es verständlich, daß der Sprecher der KPD-Fraktion, Heinz Renner, der als einziger

das Wort zu Sache nahm, ironisch sagte: „Ueber dieses Kapitel könnte man schreiben „gesucht wird ein Einbringer“. Wir haben doch den ultimen Tatbestand, daß niemand an diese Sache herangeht und trotz Verabredung den Mut aufbringt, sich für dieses Gesetz einzusetzen.“

Zur Sache selbst erklärte er im Namen der KPD-Fraktion: „Wir halten angesichts der großen Notlage des Volkes die Bezüge für zu hoch. Wir sind außerdem der Auffassung, daß die Verschachtelung der Bezüge an dem Gesetzentwurf nicht gut ist; denn sie hat nur den einen Zweck, die Bezüge, die die Abgeordneten tatsächlich erhalten, ins Dunkel zu stellen. Ich spreche deshalb hier im Namen meiner Fraktion aus, daß wir den Gesetzentwurf in seiner derzeitigen Fassung ablehnen.“

Niederlande anerkennen China

Den Haag. (E.B.) Die Niederländische Regierung hat beschlossen, die zentrale Volksregierung der Volksrepublik China anzuerkennen. Dem bisherigen Botschafter der Kuomintang-Regierung in Den Haag wurde mitgeteilt, daß die Niederländische Regierung die Anerkennung der Kuomintang-Regierung zurückgezogen hat.

Im Streiflicht gesehen

„Königin der Kinderwagenbande“ verhaftet Paris. Die Pariser Polizei verhaftete die seit langem gesuchte Camille Serant, die als „Königin der Kinderwagenbande“ ihr Unwesen trieb. In den letzten Monaten waren in Paris und Umgebung rund 100 unbewachte Kinderwagen gestohlen worden. Bei der Polizei meldeten sich in der Hauptsache Mütter, die berichteten, sie seien nach dem Einkauf aus dem Laden herausgekommen und hätten feststellen müssen, daß ihr Kind auf dem Bürgersteig saß, während der Kinderwagen verschwunden war. Camille Serant habe bei ihren Streifzügen immer ein Baby bei sich, das sie in die gestohlenen Kinderwagen setzte, um jeden Verdacht zu zerstreuen. (Nach Reuters)

Der falsche Fürst aus dem Morgenlande Genf. Unter einem komplizierten Namen und in arabischer Tracht stieg kürzlich eine imponierende Persönlichkeit als „Fürst aus Transordanien“ in einem Genfer Hotel ab. Der Fürst zeigte sich lebhaft an den Beratungen interessiert, die gegenwärtig im UNO-Treuhandschichtersitz über die Zukunft Jerusalems stattfinden. Er ließ es sich nicht nehmen, angestrengt mit einem nagelneuen Burnus auf der Tribüne des UNO-Palastes den Verhandlungen zu folgen. Daneben galt seine Vorliebe dem Besuch führender Juweliersgeschäfte. Ende der vergangenen Woche ließ er sich nach langer und sorgfältiger Auswahl eine große Kollektion wertvoller Schmuckstücke in das Hotel kommen. Auf die Bezahlung warteten die Juweliere allerdings heute noch, denn der „Fürst“ suchte am Sonnabend mit sei-

ner Beute das Weite. Man nimmt an, daß sich der Betrüger nach Frankreich gewandt hat.

Prozeß gegen Frauenmörder Lauka

Kassel. Nach über einjähriger Unterbrechung nahm das Schwurgericht Kassel das Verfahren gegen den fünfundzwanzigjährigen Josef Lauka wieder auf, der wegen mehrfachen Mordes, Raubes und versuchten Totschlags angeklagt ist. Lauka, der sich als berufsmäßiger illegalem Grenzfürher betätigte, soll im April 1947 an der Zonengrenze auf hessischem Gebiet mehrere Frauen auf bestialische Weise ermordet, ausgeraubt und vergewaltigt haben.

Uhrenschmuggler verunglückte tödlich

Neumünster. Das Rätsel um einen Leichenfund auf der Bahnstrecke unweit von Basel scheint jetzt im Bahnausbesserungswerk Neumünster gelöst worden zu sein. Vor einiger Zeit war in der Nähe von Basel die Leiche eines unbekannteren Reisenden des D-Zuges nach Hamburg auf den Gleisen gefunden worden, dem der Kopf vom Rumpf getrennt war. In dem Wasserbassin eines D-Zug-Wagens fand man jetzt bei Überholungsarbeiten in Neumünster drei Gummischläuche mit fast 600 Schweizer Uhren und 22 wertvollen Ringen. Da das fehlende Sieb des Wasserbassins neben dem Toten gefunden wurde rekonstruiert man den Tatbestand so, daß der Reisende in der Schweiz die Uhren im Wasserbassin versteckte, um sie über die Grenze zu schmuggeln. Er muß dann auf das Wagengrad geklettert sein, um das Schmutzgefäß aus dem Versteck zu holen und ist offenbar beim Passieren einer Brücke tödlich verletzt worden.

(Fortsetzung von Seite 1)

Das ist nur ein Beispiel. Wer unseren Plan und unsere Gesetze studiert, wird feststellen, daß es noch viele andere solcher Beispiele gibt, die alle zeigen, daß unser Plan nur ein Ziel hat: das Leben der Werktätigen stetig zu verbessern und schöner zu gestalten — aus der eigenen Kraft unseres Volkes heraus.

Verschimmeltes Milchpulver

Marshallplan-„Segen“ für Holland Holland liefert uns ein neues, eindringliches Beispiel dafür, was die Marshallplan-„Hilfe“ für Europa und insbesondere der kürzlich in einem Ausschuss des USA-Parlamentes angenommene Vorschlag bedeutet, die Marshallplankonten zum Import überschüssiger amerikanischer Lebensmittel für eine Milliarde Dollars zu zwingen.

Holland ist bekanntlich ein Land, das Milchprodukte im Überfluß erzeugt. Trotzdem sind gegenwärtig 2500 Tonnen Milchpulver aus den USA nach Holland unterwegs, dazu noch Milchpulver, das für die menschliche Ernährung nicht mehr geeignet ist und als Schweinefutter verwendet werden soll. Dies ist jedoch erst die erste Sendung, der noch 20 000 Tonnen verschimmeltes Milchpulver folgen sollen, wofür Holland zu Lasten seines Marshallplan-Kontos zwei Millionen Dollars angerechnet werden.

Hetze statt sachliche Arbeit im Bndestag

Bonn. (EB) Daß das Flüchtlingsministerium allein acht Ministerialräte und vier Ministerialdirigenten hat, wird seinem vorübergehenden Charakter keineswegs gerecht, stellte der kommunistische Abgeordnete Rudolf Kohl in der Haushaltsdebatte zum Etat des Flüchtlingsministeriums fest. Er verlangte vom Minister Aufklärung über die Zusammenfassung der Summe von 29 000 DM für Gutachten und 20 000 DM für Informationsmaterial.

In diesem Zusammenhang machte Rudolf Kohl die Abgeordneten auf zwei Artikel aufmerksam, die in der „Kölnischen Rundschau“ dem Zentralorgan der CDU, unter dem Titel „Ich war mit Kardinal Mindszenty in der Todeszelle“ — Zellengeossen des Kardinals berichten über die Forderungen des ungarischen Kirchenfürsten — am 3. und 11. März erschienen sind. Am selben 3. März ist aber auch in der amerikanischen „Neuen Zeitung“ ein Bericht veröffentlicht worden, wo der Verfasser dieses Berichtes als Hochstapler entlarvt wurde.

Zum Etat des Ministers zur Aufrechterhaltung der Spaltung Deutschlands. Jakob Kaiser, nahm der kommunistische Abgeordnete Walter Fisch in einer scharfen Abrechnung Stellung. Auszüge aus seiner Rede veröffentlichten wir in der nächsten Ausgabe.

Fragen und Antworten

Zum 3. Abschnitt der Resolution der 14. Tagung des Parteivorstandes

Frage: Warum muß man als Internationalist die Volksdemokratien und ihre Politik unterstützen?

Antwort: Weil die Volksdemokratien Staaten darstellen, in denen die Arbeiter, die kleinere und mittlere Bauernschaft, die kleinen Gewerbetreibenden und die fortschrittliche Intelligenz unter der Führung der Arbeiterklasse die Macht besitzen, mit deren Hilfe sie in ihren Ländern den Aufbau der sozialistischen Gesellschaftsordnung vornehmen.

Die Volksdemokratien werden von den imperialistischen Kräften und deren Lakaien im steigenden Maße verleumdet. Die Verleumdung dient den Imperialisten als ein Mittel, mit dessen Hilfe sie verhindern wollen, daß die Werktätigen in den kapitalistischen Staaten die Erfolge der Volksdemokratien kennenlernen und daraus Schlussfolgerungen für ihre eigene Lage ziehen.

Das friedliebende Holland verteidigt Den Haag

Der Ruf der Friedensfreunde und der Jugend: „Bradley verschwinde!“ „Weg mit der Kriegskonferenz!“

8000 Einwohner der holländischen Residenzstadt Den Haag, Männer und Frauen und viel Jugend, demonstrierten am Freitagabend vor dem Gebäude der amerikanischen Botschaft in Den Haag gegen die Beratungen der Atlantikpakt-Generale zur Vorbereitung des Krieges, die an diesem Tage in Den Haag begannen und die ganze Woche über andauern sollen. Etwa 250 Personen sind an den Beratungen in Den Haag beteiligt.

Der Platz vor der amerikanischen Botschaft war dicht gedrängt voller Menschen, die in Sprechchören ihre Losungen ausriefen: „Friede, Friede!“, „Weg mit der Kriegskonferenz!“, „Die Jugend fordert Frieden!“, „Kein Krieg mit der Sowjetunion!“. Transparente wurden hochgehoben mit den Losungen: „Bradley verschwinde!“, „Keine ausländischen Generale, aber fünf Prozent Lohnerhöhung!“.

In die Botschaft selbst war eine Delegation des Niederländischen Friedensrates und des Haagischen Friedenskomitees entsandt worden, um dort eine Protestschrift zu überreichen. Mit dem Ruf „Schande“ wurde die Mitteilung entgegengenommen, daß die Delegation im Botschaftsgebäude nicht vorgelassen worden war.

Es bildete sich ein nach vielen Tausenden zählender Demonstrationzug, der zu dem Gebäude des Hohen Rats der Niederlande zog. Auf diesem Platz, wo im Jahre 1941 die ersten illegalen Kämpfer gegen Hitlers Terrorregiment, Kommunisten, Teilnehmer

am Februarstreik, zum Tode verurteilt wurden, legten die Tausende Demonstrationsteilnehmer ein Zeugnis ihres Friedenswillens ab.

Am 1. April soll der Kriegsrat der Atlantikpakt-Staaten unter dem Vorsitz des amerikanischen Kriegsministers Louis Johnson in Den Haag tagen. Aus diesem Anlaß hat der niederländische Friedensrat unter der Losung: „Schickt die Generale zurück“ dazu aufgerufen, aus ganz Niederland am 1. April Friedenskarawanen nach Den Haag zu entsenden. Bereits haben Friedenskomitees aus verschiedenen Orten gemeldet, daß Friedenskämpfer sich in Autobussen nach Den Haag begeben werden. Den Namen Friedenskarawanen hat der niederländische Friedensrat gewählt in Erinnerung an den Friedenskongreß in Paris im vergangenen Jahre, als aus allen Himmelsrichtungen lange Reihen von Autobussen nach Paris fuhren.

Die Zeitung „De Waarheid“ Amsterdam ruft tagtäglich zum Kampfe für die Verteidigung des Friedens auf. In einem Artikel, den das Blatt der Versammlung der Generale und Kriegsminister in Den Haag widmet, wird vor allen Dingen auch eingegangen auf die von Bradley und Churchill geäußerten Forderungen der Wiederbewaffnung Westdeutschlands. „Die Generale vergessen eins“, heißt es im Anschluß daran: „Den Haag ist durch die Generale und Kriegsminister zum Schauplatz solcher

Beschlüsse ausersehen worden, die den Frieden zu bedrohen geeignet sind. Den Haag, die Residenzstadt des Landes, das unmittelbar an Deutschland grenzt, und das die Gewaltherrschaft des Faschismus über sich hat ergehen lassen. Den Haag, eine Stadt, die einst stolz darauf war, daß der Friedenspalast dort erbaut wurde, muß nun als Stadt des Krieges dienen.“

Die Generale und Kriegsminister wollen offenbar vergessen machen, daß Den Haag und unser ganz Land ungezählte tausende Kämpfer für den Frieden zählt. Das scheint eine Vergesslichkeit zu sein, die bei Generalen und Admiralen häufig vorkommt. Das ist eine Vergesslichkeit derselben Art, wie die, an der die amerikanischen Admirale litten, die mit einem drohenden Flotteneskader nach Saigon fuhren. Aber die friedliebende Bevölkerung dieser besetzten vietnamesischen Stadt wußte den Amerikanern beizubringen, daß die Völker anders darüber denken als die Generale. Diese Erfahrung sollen alle Kriegsanzüchter machen...“

Protest der Frauen vor amerikanischer Botschaft

Am Freitagmittag begab sich eine Delegation von 28 Frauen aus Amsterdam, Hilversum, Utrecht und Assendelft in die amerikanische Botschaft in Den Haag und überreichte dort ein Memorandum namens der Frauen und Mütter der Orte aus denen sie

Bittere Pille für die westlichen Kriegstreiber

Imperialisten müssen sich mit UN-Sitz für Volkschina abfinden

Der sowjetische Protest, die Sitzungen der UN nicht mehr zu besuchen, solange der Vertreter der land- und einflußlos gewordenen Kuomintang sich anmaßt, für 450 Millionen Chinesen zu sprechen, die seine Vertretung ablehnen, ist zur Zeit ein entscheidendes Diskussionsthema der internationalen Presse. Die „New York Times“ vom 19. März 1950 feststellen, daß sie sich über den Charakter des sowjetischen Protestes und über die sowjetische Ausdauer und Zähigkeit geirrt hat. Sie glaubte, die Sowjetunion habe sich zu diesem Schritt nur entschlossen, um vor den Verhandlungen mit Mao Tse Tung einen Freundschaftsbeweis für die chinesische Volksrepublik zu erbringen:

„Die wirklich beunruhigende Entwicklung ist die Tatsache, daß die Vertreter der Sowjetunion nach Abschluß der Moskauer Verhandlungen fortführen, den Sitzungen fernzubleiben.“

Gerade weil die Sowjetunion so konsequent für das Recht des chinesischen Volkes eintritt und sich dagegen wehrt, daß mehr als ein Fünftel der Weltbevölkerung von einer amerikanischen Marionette vertreten wird, zerschmelzen die Argumente derer, die zuerst über „sowjetische Vergeltungsversuche der UN“ Gift und Galle speiten, wie Schnee an der Sonne. Die nun schon zum zweiten Male vom Generalsekretär der UN, Trygve Lie, unterbreitete Anregung, unabhängig von der Frage der Anerkennung die Mitglieder der UN dazu zu bewegen, der Regierung Chinas den Sitz zu geben, die die gewaltige Mehrheit des chinesischen Volkes vertritt, ist nur ein Teil dieser Entwicklung. Der Londoner „Economist“, das Blatt des britischen Finanzkapitals, erinnert sich am 18. März 1950 plötzlich daran, daß es schon einmal einen Prä-

zedenfall hierfür gab, als der Völkerbund im Jahre 1936 die abessinische Regierung infolge ihrer eigenen Schwäche und weil ihr das Volk seine Unterstützung entzog, zusammenbrach, scheint es, daß die USA eine bessere Streitfrage hätten auswählen können, wenn sie wirklich einen entscheidenden Kampf mit den Vereinten Nationen begünstigen wollten.“

Die konsequente Friedenspolitik der Sowjetunion zwingt die Imperialisten zum Rückzug. Weil sie mit der Anerkennung der bestehenden Tatsachen solange gewartet haben, müssen sie sich nun damit abfinden, von ihrem überbliebenen Prestige nochmals einzubüßen. Das kommunistische China in die UN aufzunehmen, schreibt der „Economist“:

„Ist eine bittere diplomatische Pille, aber auch nicht bitterer als der Sieg selbst, der angenommen werden und mit dem man sich abfinden müßte.“ F. U.

Freiheit für Landwehr, Holländer und Stortzenbach!

Protestversammlungen im ganzen Land Niedersachsen

Braunschweig. (EB) In Braunschweig fand eine von mehreren Tausend Teilnehmern besuchte Protestkundgebung statt. Auf dieser großen Protestkundgebung wurde eine Entschliefung gefaßt, in der es u. a. heißt:

„Die Kundgebungsteilnehmer fordern alle Deutschen auf, sich dem Protest gegen die Zerstörung der Arbeitsplätze in Watenstedt-Salzgitter anzuschließen, für Aufhebung des Urteils im Demontagestop-Prozess und Freigabe der Rotationsmaschine der Volksdruckerei einzusetzen und gemeinsam den Kampf um ein freies und demokratisches Deutschland zu führen.“

Weiter wird darin gegen die eingeleiteten Maßnahmen gegen die Polizeibeamten protestiert, die sich anlässlich ihres Einsatzes in Watenstedt-Salzgitter den Arbeitern gegenüber loyal verhalten haben.

Der zu einhalb Jahren Gefängnis verurteilte Landesvorsitzende der KP Niedersachsen, August Holländer, ergriff das Wort und wies auf die mit aller Eile durchgeführten Kriegsvorbereitungen hin.

Von den Versammelten stürmisch begrüßt, betrat dann der Landtagsabgeordnete Robert Lehmann, das Rednerpodium.

Als Vertreter der FDJ sprach zum Schluß der Kundgebung Gerhard Däumlich und erklärte, daß die Jugend im Kampf gegen die Demontage, im Kampf für die Erhaltung des Arbeitsplatzes in der vordersten Front stehe.

Die eindrucksvolle Kundgebung schloß mit einem Demonstrationzug zum Untersuchungsgefängnis auf dem Renneberg, um die

eigenen Worten des Außenministers Acheson, die nationalistische Regierung infolge ihrer eigenen Schwäche und weil ihr das Volk seine Unterstützung entzog, zusammenbrach, scheint es, daß die USA eine bessere Streitfrage hätten auswählen können, wenn sie wirklich einen entscheidenden Kampf mit den Vereinten Nationen begünstigen wollten.“

Die konsequente Friedenspolitik der Sowjetunion zwingt die Imperialisten zum Rückzug. Weil sie mit der Anerkennung der bestehenden Tatsachen solange gewartet haben, müssen sie sich nun damit abfinden, von ihrem überbliebenen Prestige nochmals einzubüßen. Das kommunistische China in die UN aufzunehmen, schreibt der „Economist“:

„Ist eine bittere diplomatische Pille, aber auch nicht bitterer als der Sieg selbst, der angenommen werden und mit dem man sich abfinden müßte.“ F. U.

Freilassung des dort festgehaltenen Landtagsabgeordneten Ludwig Landwehr zu fordern.

Im Verlauf der vergangenen Woche fanden in allen Teilen Niedersachsens, in den Städten Soltau, Springen, Einbeck und Hannover weitere Protestversammlungen statt, die von vielen Tausenden besucht wurden. Alle Versammlungen waren gut besucht und protestierten gegen die Verhaftung des Abg. Landwehr und forderten seine sofortige Freilassung. Weiterhin wurde die Aufhebung des Urteils gegen die mutigen Demontagekämpfer August Holländer und Werner Stortzenbach gefordert.

Pressestimmen

Indochinesische Befreiungskämpfer bewiesen ihre Stärke

Die Ereignisse, die sich im Verlauf des Besuchs der amerikanischen Flotte in Saigon abspielten, zwingen diejenigen, ihre Auffassung grundlegend zu revidieren, die behaupten, das Bao Dai unbestreitbar irgendeine Zone des vietnamesischen Gebietes „kontrolliert“. Die Tatsache, daß die vietnamesischen Partisanen auf den Mörser der amerikanischen Flotte, d. h. also aus kurzer Entfernung, schießen konnten, beweist klar, daß sogar in Saigon die Positionen des französischen Expeditionskorps mehr als unsicher sind. Die Handlung der vietnamesischen Partisanen trug tatsächlich nicht den Charakter eines unterirdischen Kampfes. Mitten in der Stadt konnte der Kampf mit ziemlich beträchtlichen Mitteln geführt werden.

Die Tatsache, daß nach Agenturmeldungen die Demonstrationen sich nach Colon (dem chinesischen Stadtteil von Saigon) zurückziehen konnten, ohne daß es offenbar die Kräfte der Unter-

kamen. Der Botschaftssekretär, der die Delegation empfing, war sehr ärgerlich über den Besuch der Frauen, mußte aber nichtsdeweniger eine große Zahl von Briefen in Empfang nehmen.

Am Mittwoch hatten Frauen der holländischen Stadt Zaam durch die Ueberreichung eines Protestschreibens an den holländischen Minister Schocking gegen die Wiederöffnung der Munitionsfabrik in Hemburg protestiert. Zur Eröffnung der Fabrik waren die Militärrätsch der Nordatlantikkpaktstaaten erschienen. Polizei hatte mit Gewaltanwendung versucht, die Frauen abzuweisen.

Die Uniformen für Adenauers deutsches Kontingent

Wie aus zuverlässiger Quelle bekannt wird, verfertigen Kleiderfabriken in den USA Uniformen, die bestimmt sind für das deutsche Kontingent in einer europäischen Armee, das von Adenauer in Uebereinstimmung mit den Wünschen des amerikanischen Generalstabs für die Wiederaufrüstung Westdeutschlands gefordert worden ist. Diese Nachricht erinnert daran, daß in den USA das Papiergeld für Westdeutschland bereits gedruckt war, bevor noch von der besonderen Währungsreform für Westdeutschland, die die Spaltung unseres Vaterlandes vertiefte, gesprochen wurde. Der Bevölkerung in Westdeutschland, die mit Unterstützung Adenauers Wiederaufrüstungsleistungen aufgenommen hat, erwächst daraus die große Verpflichtung zu höchster Wachsamkeit, damit sie nicht den Plänen zur Vorbereitung des Krieges gegen die Sowjetunion zum Opfer fällt. Alle Deutschen müssen sich ein Beispiel nehmen an dem heldenmütigen Kampf gegen die Kriegsvorbereitungen der friedliebenden Bevölkerung in den Niederlanden, über den gerade jetzt berichtet wird und an dem heldenhaften Kampf des französischen Volkes gegen den Krieg. Schafft überall Friedenskomitees, trefft überall Vorbereitungen, daß in der Zeit vom 9. April bis 1. Mai Millionen von Männern, Frauen und Jugendlichen in Westdeutschland durch ihre Unterschrift sich für den Kampf zur Verteidigung des Friedens verpflichten. I. H.

Lohnraub wurde abgewehrt

Teilstreik bei Kugel-Fischer in Schweinfurt erfolgreich

Schweinfurt (NVZ) Die Dreherei bei Kugel-Fischer streikte zwei Stunden. Die Ursache dieses Streiks liegt in dem Versuch, den Arbeitern dieser Abteilung die Löhne um 35 Prozent zu kürzen. Zur Begründung wird angegeben, daß diese Abteilung aus einem Bunker in eine Werkhalle verlegt worden sei, daß dadurch bessere Arbeitsbedingungen herrschten und deshalb der Lohnabbau gerechtfertigt sei. Die Arbeiter waren dieser Unternehmer-Argumentation nicht zugänglich und warfen die Brocken hin, bis sie die vorläufige Zusage erhielten, daß die Löhne in alter Höhe ausgezahlt werden. Es wird gut sein, wachsam zu bleiben, und auf einen neuen Angriff der Unternehmer vorbereitet zu sein.

Ihre Finger in allen Dingen

Bonn. (EB) In seiner Sitzung am 23. 3. kritisierte der Rat der Hohen Kommission das Wahlgesetz von Schleswig-Holstein, das der Landtag am 27. 2. 50 verabschiedete. Wenn die Alliierten es auch nicht grundsätzlich ablehnen werden, so brachten sie doch zum Ausdruck, daß es besser wäre, wenn die vom Landtag gewählten Beamten tatsächlich ihr Amt niederlegten. Der Landtag hatte lediglich festgelegt, daß in den Landtag gewählte Beamte Dienstbefreiung beantragen müssen. Der Rat der Alliierten hofft, daß die Bundesregierung sich mit diesem Problem auseinandersetzt und es im Sinne der Besatzungsmächte regelt.

Achesons „Wahlen“ — eine Methode zur Auslösung eines Bürgerkrieges

Das ordnungsliebende, in seinem tiefsten Inneren demokratische Volk könnte eine so grundlegende Frage, wie die Herstellung seiner Einheit nicht durch Wahlen lösen. Wir konnten dies nicht durch die Wahlen im Jahre 1880 tun und wir sollten nicht davon träumen, den Deutschen zu gestatten, es zu versuchen. Wahlen sind eine Methode, um eine Regierung in einem Lande zu bilden, das schon geeignet ist. Sie sind keine Methode, um ein Volk zu einem, das so tief gespalten ist, wie Deutschland heute, die Durchführung von Wahlen im heutigen Zeitpunkt wäre eine Methode, einen deutschen Bürgerkrieg hervorzurufen, in den wir alle solange verstrickt würden, bis er sich zu einem internationalen Krieg auswachsen würde. Der richtige und einzig sichere Kurs scheint mit, freie Wahlen als den letzten Akt zu betrachten und nicht als das erste Stadium auf dem Wege zur Wiedervereinigung. Walter Lippman in der „New York Herald Trib.“

Kulturleistung

1950 werden in der Sowjetunion 700 000 ha Wald bepflanzt

Moskau. (EB) Im Süden des europäischen Teils der Sowjetunion, insbesondere an den Ufern der Flüsse Dnepr, Don und Wolga wurde mit der Anpflanzung von Eichenwäldern begonnen. Auf Grund wissenschaftlicher Untersuchungen soll die Frist für die Anlage von Waldschutzstreifen fast überall herabgesetzt werden. An den Ufern des Dnepr beispielsweise von sieben auf zwei Jahre.

Staatliche Waldschutzstreifen werden in diesem Jahr auf insgesamt 15 000 ha angelegt werden, während die Gesamtfläche der Anpflanzungen im Jahre 1950 nicht weniger als 700 000 ha betragen wird. Die Anlage von 120 neuen Waldschutzstationen in Steppengebieten wird zu einer weitgehenden Mechanisierung der Arbeit beitragen.

Wir sind Deutschlands neues Leben



Ernst Reuter und Kurtchen Schumacher streiten sich über die „Taktik“, mit der sie die deutsche Jugend in Berlin empfangen wollen; aber die deutsche Jugend scheidet sich weder um Panzer noch Kollmöpfe, sie wird an Pfingsten in Ruhe und Ordnung eine machtvolle Demonstration für den Frieden durchführen.

Pfingsten vor Ostern

Es kann kein Zweifel sein — in diesem Jahr rangiert das Pfingstfest vor dem Osterfest, wenigstens in seiner Bedeutung.

Das Treffen der 500 000 Jugendlichen in Berlin hat bei mehreren Westpolitikern bereits zu Gemütsverwirrungen von der Wahnvorstellung bis zum Tobsuchtsanfall geführt.

In solcher Verfassung hat Dr. Schumacher bekanntlich den Einsatz amerikanischer Panzer gegen die deutsche Jugend gefordert. Der berüchtigte Faschist Schwennicke gackerte im „Montagecho“ nach Maschinengewehren. Der „Tag“ schlug vor, jedem FDJler drei Mark im Verhältnis 1:1 einzutauschen, damit sie sich mit Eiswaffeln den Magen verderben. Und die Generalstäbe in Washington, Paris und London haben beschlossen, „eine entschlossene Haltung anzunehmen“.

Wie aus ziemlich sicherer Quelle verlautet, sind in den nächsten Tagen weitere Vorschläge prominenter Persönlichkeiten des Westens zur Verhinderung oder Störung des Deutschlandtreffens zu erwarten.

Der Papst bietet die Verteilung von 500 000 Traktätchen an und hofft, daß die Demonstranten hierdurch weiche Knie bekommen und dem Aufmarsch fernbleiben werden.

Der Kaiser von Japan soll sich bereit erklärt haben, 500 000 Ampullen mit Malaria-bazillen zu spenden.

Präsident Truman hat die sofortige Herstellung einer Y-Ueberultraschallwasserstoffatombombe befohlen. Man fürchtet jedoch, daß die Y-Bombe nicht mehr rechtzeitig fertig werden wird, da man einstweilen noch fieberhaft nach Konstrukturen für die X-Bombe sucht.

Der König von England erwägt zur Zeit die Entsendung einer Luftlanddivision der Heilsarmee, die den Lustgarten eine Stunde vor Beginn der Massenkundgebung besetzen soll.

Dr. Schumacher ist auf eine neue glänzende Idee gekommen. Er hat außer den

Auch die Hohen Kommissare fahren Pfingsten nach Berlin!

Ein hoher amerikanischer Beamter in Berlin bezeichnete es nach einer Meldung der Presseagentur dpa als nicht unwahrscheinlich, daß die Hohen Kommissare zu Pfingsten in Berlin sein werden.

Da wird also die deutsche Jugend die hohe „Ehre“ genießen, sich der Anwesenheit der höchstderogantesten Kolonialgouverneure für Westdeutschland zu „erfreuen“. Frägt sich bloß, ob die deutsche Jugend davon so sehr viel hält!

Oder planen die „hohen Herren“ den Bürgerkrieg in Westberlin persönlich zu leiten? Da werden sie sich gründlich in den Finger schneiden. Es wird nämlich keinen Bürgerkrieg geben! Auch nicht, wenn die Herren Hohen Kommissare anwesend sind. Weil die deutsche Jugend den Frieden will, und weil sie sich von ein paar jämmerlichen Schreibern nicht provozieren läßt!

Jedenfalls dürfte es für die Kolonialherren nicht uninteressant sein, an Pfingsten zu beobachten, wie die deutsche Jugend ihrem Willen nach Frieden und Unabhängigkeit Deutschlands Ausdruck verleiht und wieviel sie von der Anwesenheit westlicher Besatzungsgruppen hält.

Auf jeden Fall: die Hohen Kommissare fahren Pfingsten nach Berlin (obwohl sie gar niemand eingeladen hat)

Und Du, deutscher Junge, deutsches Mädel, kommst Du mit?

Panzer jetzt beim Hohen Oberkommissar McCloy auch noch mehrere Unterseebootflottillen beantragt. Die U-Boote sollen in der Berliner Kanalisation zum Einsatz kommen, so daß die Besatzungen in der Lage sind, aus jedem Gully überraschend zum Angriff auf die Friedensdemonstration anzutreten.

In ähnlicher Richtung verläuft ein Vorschlag Adenauers, der, als alter Vernebelungsfachmann eine Anzahl amerikanischer Nebelmaschinen auffahren lassen will, damit die Spitzen der Demonstrationszüge sich verlaufen und niemand die Massen der Jugendlichen überblicken oder fotografieren kann.

Reuter hat einen neuen Vorschlag. Er will am Funkturn bei freiem Eintritt ein Damen-Sextagerennen starten, das nur von erwerbslosen Schauspielerinnen bestritten

Ein kleines Hauskonzert

Gisela und Klaus trabten los. Quartiere mußten herbeigeschafft werden für die große Pfingsttreffen, fünfhunderttausend Quartiere. Als sie das Haus Nummer 48 betreten, fanden sie den Lichtschalter nicht und tasteten mit vorgestreckten Händen die Treppen hinauf. Im zweiten Stock war es dunkel und still. Es roch nach Mottenpulver. „Salon!“ flüsterte Klaus, riß sein Feuerzeug an und läutete.

Im erleuchteten Rahmen der Tür stand die Frau. Ihr Gesicht war streng und abweisend. Als sie sich vorbeugte, zog Klaus seine Mütze. Er grüßte. „Sie sind uns empfohlen worden!“ sagte er wie ein vollendeter Weltmann. „Erlauben Sie, daß wir näher-treten.“

Der Kampf begann. Sie hatten ihn vor ähnlichen Wohnungen schon einige Male ausgefochten, Gisela kannte ihn in seinen unterschiedlichen Phasen, aber wieder mußte sie Klaus bewundern, der auch diesen langberockten Wall von Kälte und Mißtrauen zu nehmen verstand. Nach wenigen Minuten wich die Witwe Besselmann ein paar Schritte in das Innere ihrer Wohnung zurück, öffnete die Tür zum „Salon“ und drehte das Licht an. Eine Welle von dumpfer und stumpfer Kälte schlug aus dem Raum. „Sie müssen verstehen“, sagte die Frau mit gepreßter Stimme, „dieser Raum ist... sozusagen der Erinnerung geweiht. Meinen Erinnerungen...“

Das Zimmer war tot. Unter grauen Leinwandbeugen waren die Möbel erstarrt. In den leeren dickbäuchigen Vasen und Schalen wohnte der Modergeruch einer erstorbenen Zeit. Auf einem schwarzglänzenden, traurigen Klavier standen zwei umflorte Bilder, sie zeigten einen Mann und einen Jüngling, beide uniformiert, beide mit großen, dunklen, vor dem Blitzlicht des Fotografen erschreckten Augen. Als Klaus über ein zeretztes Eisbärfell hinweg an das Klavier trat, führte die Witwe ein Taschentuch an die Nase und schluckte. Klaus stand am Klavier, sah sich um und räusperte sich. „Mein Mann und mein Sohn...“, sagte Frau Besselmann.

„Hm...!“ Klaus verlor für einen Augenblick seine Beredsamkeit. „Sie sind tot, nicht?“ Das waren also die Erinnerungen. Das weiße Tüchlein fuhr hoch. „In den letzten Kriegstagen noch, beide...“ „Ja...“, sagte Klaus. „Hm...“ Er schob die Unterlippe etwas vor. Plötzlich hob er den Deckel des Klaviers und schlug mit spitzem Finger eine der Tasten nieder, die weicher, summender Ton stieg auf und verzerrte im Kronleuchter. Die Frau griff mit einer blassen flatternden Hand zum Herzen, wahrscheinlich hatten die Hände ihres Sohnes zuletzt diese Tasten berührt, und auch

Pfingsten mit machtvoller Disziplin für den Frieden

Die FDJ wird allen Feinden zum Trotz ihre blauen Fahnen nach Berlin tragen

Der Berliner Oberbürgermeister Friedrich Ebert erklärte am Sonntag auf einer FDJ-Kreisdelegierten-Konferenz in Berlin-Mitte zum Deutschlandtreffen der Jugend, Pfingsten 1950: „Ganz Deutschland blickt voller froher Erwartung auf das Treffen der deutschen Jugend. Gemeinsam mit ihren Freunden in der ganzen Welt rüstet die FDJ zu dieser gewaltigsten Demonstration, die Deutschland je gesehen hat. Mit der ganzen Bevölkerung und der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik helfen auch die Männer und Frauen des demokratischen Magistrats von Groß-Berlin, das Friedensfest vorzubereiten.“

Auch jenseits des Brandenburger Tores wohnen Menschen, die sich nach dem Frieden sehnen, schlagen die Herzen für die demokratische Zukunft eines friedliebenden und wiedergeeinigten Deutschlands. Aber eine gewissenlose Gesellschaft politischer Hasardeure, die durch ihre Politik in Westberlin unendlich viel Elend erzeugt hat, fürchtet unsere Jugend. Sie fürchtet den Frieden und alles, was dem Frieden dient. Darum wissen sie sich auch gegen den Ruf der FDJ für Frieden, Freundschaft und Einheit keinen anderen Rat, als nach amerikanischen Panzern zu rufen.“

Dazu sagte Oberbürgermeister Ebert: „Wir, die verantwortliche Leitung dieser Stadt und die FDJ, werden uns auch durch diese Provokation nicht von unserem vorgezeichneten geraden Weg abbringen lassen.“

Wir möchten allen sagen: Pfingsten wird in Berlin weder gepuscht noch krakeelt. Pfingsten wird in Berlin mit machtvoller Disziplin demonstriert für eine demokratische Zukunft und für den Frieden der Welt!

Mögen die Engländer und die Amerikaner, wenn es ihnen gefällt und wenn sie meinen, daß es das Herz des Herrn Reuter beruhigt, so viel Panzer auffahren lassen, wie sie wollen. Mögen sie ihren USA-Naturschutzpark in Westberlin mit „spanischen Reitern“ verbarrikadieren. Wir lachen darüber. Und wir lachen ihrer, wenn sie glauben, sich gegen den Frieden mit Pan-

zern und Drahtverhauen verteidigen zu können. Die FDJ wird besonnener und entschlossener denn je ihr großes Deutschlandtreffen vorbereiten.

Die FDJ wird allen ihren Feinden zum Trotz ihre blauen Banner nach Berlin tragen.“

Im Namen des demokratischen Magistrats ruft Oberbürgermeister Ebert die Jugend ganz Deutschlands zu diesem Fest und richtet insbesondere an die 50 000 jungen Freunde aus dem Westen die persönliche Einladung, nach Berlin zu kommen. „In einer festlich geschmückten Stadt der Arbeit und des Friedens, in der Hauptstadt

des demokratischen Deutschland, werdet ihr, umhert von der Liebe eures ganzen Volkes und im sicheren Schutz unserer demokratischen Ordnung, unsere Gäste sein und unvergessliche Tage der Freundschaft mit der Jugend der Welt erleben“, schloß Oberbürgermeister Ebert.

„Kein wildgewordener Professor, kein drohender Panzer wird euer Fest stören. Und durch das Brandenburger Tor nach Westberlin und Westdeutschland hin, über den ganzen Erdball, wird euer Ruf dringen, euer Ruf: Freundschaft.“

Kennst Du schon das Programm?

Soeben erreichen uns neue Informationen über das großartige Programm, das an Pfingsten beim großen Deutschlandtreffen der Jugend in Berlin geboten sein wird. Welcher Junge, welches Mädel möchte da nicht dabei sein!

Zuerst das Kultur-Programm: Bereits ab Pfingstamstag spielen alle Berliner Kinos, Theaters, Varietés, Freilichtbühnen und der Rundfunk für die Jugend. Der Eintritt ist überall kostenlos. Wieviele Jugendliche aus Westdeutschland, die es sich nicht leisten können, ins Kino oder Theater zu gehen, weil das Geld nicht langt, werden die Gelegenheit freudig ergreifen! Nur einiges aus dem inhaltsreichen Programm:

In der Staatsoper werden „Die Meistersinger“, „Fidelio“ und „Die Zauberflöte“ aufgeführt. In der Komischen Oper wird „Carmen“ und „Der Vogelhändler“ gegeben. Im Metropol-Theater ist „Die Fledermaus“ oder eine andere Strauß-Operette zu sehen.

Für die Sportler gibt es ein Sportfest der Jungen Pioniere als Auftakt. Am Montag eine große Parade von 40 000 Sportlern, von denen 20 000 leichtathletische Übungen vorführen werden. Im Stadion Mitte ein internationales Fußballspiel, Radrennen, Boxkämpfe der besten deutschen Amateurboxer, eine große Wassersportveranstaltung auf der Regattastrecke in Grünau und vieles andere! Herz, was begehrt du noch!

Die Jungen Pioniere freuen sich schon jetzt auf ihr großes Zeltlager, die „Republik der Jungen Pioniere“ vom 24. Mai an in der Wuhlheide. 20 000 deut-

sche Jungen und Mädel nehmen daran teil. Das eigentliche Deutschlandtreffen wird durch den Kongreß der Jungen Friedenskämpfer am 27. Mai 1950 eröffnet. An diesem Kongreß nehmen 10 000 Delegierte aus allen Teilen Deutschlands und von allen Organisationen sowie auch nicht-organisierte Jugendliche teil.

Anschließend findet die große Friedensdemonstration der Jugend im Berliner Lustgarten statt, vor der die westlichen Kriegshetzer so große Angst haben.

Abends ist dann im Treptower Park das große Fest der Jugend. Da werden wir die bunten Volkstrachten aus allen Teilen Deutschlands vereint sehen, uns mit unseren ausländischen Freunden unterhalten können, die Kulturgruppen der FDJ werden ihre Kunst zeigen und tausend andere Sehenswürdigkeiten.

Besonders anziehend wird das große Festkonzert des Komsomol und eine Veranstaltung eines großen internationalen Tanzensambles sein.

Auf allen öffentlichen Plätzen und Lokalen ist Tanz und fröhliches Spiel der Jugend.

Den Abschluß des eindrucksvollen und schönen Tages wird ein großes Feuerwerk auf der Spree bilden.

Für jeden jungen Deutschen, der seine Heimat und den Frieden liebt, werden die Pfingsttage zu einem unvergleichlichen Erlebnis werden, zu einem Erlebnis, wie es noch nie gehabt hat!

Unterstützt das Deutschlandtreffen!

Aufruf an die Jugend, die Behörden und die Erwachsenen!

Das Deutschlandtreffen der Jugend, Pfingsten 1950 in Berlin, ist getragen von dem Gedanken, für den Frieden zu arbeiten und für die Einheit und Unabhängigkeit Deutschlands zu wirken.

Im Mittelpunkt des Treffens der 500 000 Jugendlichen steht der „Kongreß junger Friedenskämpfer“ mit Delegierten aus ganz Deutschland und 40 ausländischen Delegationen.

Zehntausende junger Menschen und breite Kreise der Öffentlichkeit in Westdeutschland begrüßen diese notwendige und wirksame Friedenskundgebung junger Deutscher aus allen Teilen unseres Vaterlandes und weisen mit Abscheu alle Versuche zurück, die dieses Treffen böswillig verleumdern.

Wir fordern die Jugend auf, gegen die angewandten Drohungen und Erpressungen an namhaften Sportlern, Persönlichkeiten und interessierten Jugendlichen, die sich aktiv an der Vorbereitung zum Deutschlandtreffen beteiligen, zu protestieren und sich in ihrer freien Entscheidung nicht beeinflussen zu lassen.

Wir fordern jede Behörde und alle Personen des öffentlichen Lebens auf, im Interesse des Friedens, zu dessen Herstellung und Wahrung sie vor allem verpflichtet sind, im Interesse des Friedens, den alle Deutschen brauchen und den jeder anständige Mensch will, jeden jungen Deutschen vorbehaltlos zu unterstützen, um ihm damit die Teilnahme am Deutschlandtreffen zu ermöglichen.

Frankfurt/Main, den 17. März 1950.

Zentrales Komitee zur Vorbereitung des Deutschlandtreffens in Westdeutschland.

FDJler in Handschellen verschleppt

Das nennt man „politische Freiheit“ in Westberlin

Zu einer ungeheuerlichen Provokation kam es vor dem Volkshaus Britz. Während ein großes Aufgebot von Stumm-Polizei die Mitglieder des Demokratischen Frauenbundes von dem Volkshaus fernhalten sollte, weil Herr Bürgermeister Exner (SPD Neukölln), getreu seiner Verbotspraxis gegen demokratische Organisationen, die Veranstaltung noch kurz vor Beginn verboten hatte, stürzten sich die Schlägergarden Stumms plötzlich auf junge FDJler der Gruppe „Fritz Reuter“, die im Volkshaus an diesem Abend ihren ordnungsmäßig angemeldeten und genehmigten (!) Heimabend abhalten wollten und zuvor Freiheitslieder sangen.

Das dieser Ueberfall auf die Jugendlichen mit vollem Vorbedacht als beabsichtigte Provokation durchgeführt wurde, beweist die Tatsache, daß die Polizisten sich gegenüber den Frauen, derentwegen sie vor dem Volkshaus postiert waren, darauf beschränkten, sie zum Weitergehen aufzufordern, während sie ihre ganze Wut und Brutalität an den Mädchen und Jungen der FDJ austobten. Man schleppte die Kinder von Volkshaus Britz zunächst in das Polizeirevier 218 in der Chausseestraße. Angehörige, die sich später auf diesem Revier nach dem Verbleib ihrer Kinder erkundigen wollten, wurden einfach herausgeworfen.

Gestern vormittag wurden die Jugendlichen um 8.30 Uhr unter Protest der dabei zuschauenden Neuköllner ins USA-Militärgefängnis Lichterfelde übergeführt. Den FDJlern Alfred Bolle und Georg Weise hat-

ten die Stumm-Polizisten Handschellen angelegt.

Bisher wurden nur drei der Jugendlichen entlassen, da sie unter 16 Jahre alt waren. Die übrigen sind immer noch in zwei enge Zellen eingepfercht, in denen nichts als kahle Wände und ein paar Strohsäcke zu finden sind.

Das ist eine eindrucksvolle Demonstration dessen, was man in Westberlin persönliche Freiheit nennt.

Erster Spatenstich für Leipziger Schwimmstadion

Der durch das Gesetz zur Förderung der Jugend beschlossene Bau des Leipziger Stadions wird in den nächsten Tagen mit dem ersten Abschnitt begonnen werden. Gestern erfolgte in einer feierlichen Veranstaltung, bei der die Regierung der Republik und die des Landes Sachsen vertreten war, und an der Tausende von Betriebsdelegierten teilnahmen, der erste Spatenstich zum Schwimmstadion an der Friedrich-Ebert-Straße.

Dort wird eine Schwimmsportanlage nach modernsten Gesichtspunkten mit 50-Meter-Bahn, gesondertem Sprungbecken mit Turm sowie mit einem Schwimmbecken für die Jungen Pioniere entstehen.

Nach dem Vorbild des weltbekannten Budapestes Bades wird es mit Warmwasser versorgt werden. Die Zuschauerdämme und Tribünen werden für 12 000 Personen ausreichen.

Schaffende Jugend! Augen auf! Es geht um Euren Urlaub!

Südbadische Jugendorganisationen beschließen gemeinsame Kundgebungen für den 24tägigen Urlaub aller Jugendlichen

Aus dem Parteileben

Freiburg. Vor kurzem beschlossen die Vertreter aller Jugendorganisationen in Südbaden, wiederum die Forderung der Jugend nach ausreichendem Urlaub in den Mittelpunkt einer gemeinsamen Aktion zu stellen und noch vor der nächsten Landtagsitzung von den Gewerkschaften und allen Jugendorganisationen getragene Kundgebungen durchzuführen, die der Bevölkerung die Notwendigkeit des 24-Tage-Urlaubs für Jugendliche bis zu 18 Jahren vor Augen führen sollen. Damit und mit einer umfassenden Diskussion in den Jugendorganisationen und Betrieben soll erreicht werden, daß sich der Badische Landtag entschließt, nicht nur das geltende Mindesturlaubsgesetz zu verlängern, sondern auch die Beschränkungen für Jugendliche zwischen 16 und 18 Jahre aufzuheben.

Die Jugend will mit dieser Aktion erreichen, daß die Unternehmer und ihnen nahestehende Kreise von ihrer Absicht lassen müssen, die Mindesturlaubsbestimmungen weiter herabzusetzen. Darüberhinaus soll diese Aktion dazu beitragen, die bestehenden gesetzlichen Bestimmungen in den Betrieben zu realisieren.

Im Zusammenhang mit dieser alle Jugendorganisationen umfassenden Aktion veröffentlichten wir nachstehend eine Zuschrift des Landesvorstandsmitglieds der FDJ, H. Schäfer, in der über die Bedeutung dieser Jugendkampagne einige grundsätzliche Ausführungen gemacht werden.

Warum erhebt die Jugend erneut diese Forderung?

„Recht auf Arbeit und Erholung“ — das ist eines der Grundrechte der jungen Generation, die von der FDJ seit ihrem Bestehen gefordert werden. Es muß betont werden, daß in Westdeutschland dieses Grundrecht der Jugend in keiner Weise realisiert wurde. Auch in Südbaden gibt es noch tausende junger Menschen, die ohne Arbeit, ohne Lehrstellen, ohne die Möglichkeit einer guten Ausbildung auf den Schulen und Hochschulen einer immer schwächer erscheinenden Zukunft entgegenstehen. Diese jungen Menschen, in Westdeutschland geht ihre Zahl in die Hunderttausende, sind eine einzige Anklage gegen eine Regierung, die zwar immer wieder von ihrer Bereitschaft sprach, der Jugend zu helfen, die aber diese ihre Versprechungen nie einhielt.

Ist daher die Verantwortlichkeit für das wachsende Elend gerade der westdeutschen Jugend eindeutig festgelegt, so muß aber auch gesagt werden, daß es den südbadischen Jugendorganisationen einschließlich der Gewerkschaften noch nicht gelungen ist, die Jugend für den Kampf um ihre Forderungen in notwendigem Maße zu mobilisieren und die Jugend aus ihrer teilweisen Lethargie herauszuholen. Diese Schwäche befehlt vor allem in den großen konfessionellen Jugendverbänden und den Gewerkschaften darauf, daß hier immer wieder die Jugend vor „politischer Betätigung“ gewarnt wird und sie damit vom Kampf um ihre Interessen in unverantwortlicher Weise abgelenkt wird.

11 Monate Arbeit — 1 Monat Urlaub

Hierin liegt es auch begründet, daß der seit 1947 vorliegende Entwurf eines Jugendarbeitsschutzgesetzes noch immer nicht verwirklicht wurde. Daß die Jugend nicht darauf warten kann und darf, bis durch die Regierung etwas unternommen wird, geht daraus hervor, daß bereits im April 1949 von einem Vertreter des Badischen Wirtschaftsministeriums erklärt wurde, die Regierung denke nicht daran, dem Landtag ein JASG vorzulegen, sondern dies bleibe dem künftigen Weststaat überlassen.

Wenn jetzt die Jugendorganisationen beschlossen haben, wiederum den Kampf um den Jugendarbeitsschutz zu erneuern, so bedeutet das, daß sie damit den Beginn machen, um alle Bestimmungen des Jugendarbeitsschutzgesetzes, das alle JO einstimmig beschlossen haben, endlich ihrer Verwirklichung zuzuführen. Deshalb muß auch die anlaufende Aktion davon ausgehen, daß für alle Jugendliche bis zum Alter von 18 Jahren ein Mindesturlaub von 24 Tagen im Jahr gefordert wird, wie dies im JASG niedergelegt ist. Ueber die Notwendigkeit eines solchen 24-tägigen Urlaubs muß ich keine größeren Ausführungen machen, darüber ist in den letzten Jahren immer wieder grundlegend referiert worden. Die Jugend braucht einen vollen Monat Urlaub im Jahr und jeder

Unternehmer, jeder Handwerker ist bei einigermaßen gutem Willen in der Lage, dies einzusehen. Unternehmer und Handwerker werden auch zugeben müssen, daß ihr ohne Zweifel bestehende Schwierigkeiten nicht darauf zurückzuführen sind, daß die Jugend zu viel Ferien hat und zu wenig arbeitet, wie das immer wieder vorgebracht wird. Die Entwicklung der westdeutschen Wirtschaft hat klar bewiesen, wo die Ursachen liegen, die den Handwerker und kleinen Unternehmer immer mehr an den Rand des Bankrotts bringen.

Jeder denkende Wirtschaftler weiß, daß die uns aufgezogene und jedem deutschen Interesse zuwiderlaufende Außenhandelspolitik, daß die von den westlichen Alliierten künstlich aufrechterhaltene Spaltung Deutschlands, daß die Demontage und die jeder realen Grundlage entbehrende Wirtschaftspolitik eines Professor Erhard, der uns aus bekannten Ursachen die Gefährlichkeit unserer Lage verheimlichen möchte, die Ursache der immer mehr um sich greifenden Teuerung, der Absatzschwierigkeiten und der immer drückender werdenden ausländischen Konkurrenz auf dem In- und Auslandsmarkt sind.

Jeder Handwerker und jeder kleine Unternehmer sollte wissen, daß unter den Folgen dieser Tatsachen in erster Linie die westdeutsche Jugend zu leiden hat und es daher Pflicht eines jeden Deutschen wäre, der sich der Lage unseres Volkes bewußt ist,

mit der Jugend zusammen den Weg zu beschreiten, der zu einer Befreiung von kolonialer Ausbeutung und Unterdrückung durch die anglo-amerikanischen Imperialisten führt.

Kein junger Mensch darf fehlen

Dies aber muß auch die Jugend erkennen. Ihr fällt es in diesem Kampf um die nationale Befreiung unseres deutschen Vaterlandes eine bedeutende Aufgabe zu, die untrennbar verbunden ist mit dem Kampf um ihre sozialen Forderungen, um den 24-Tage-Urlaub, die Sicherung ihres Arbeitsplatzes und ihrer Lehrstellen, die Sicherung einer guten Ausbildung und damit einer hoffnungsvollen Zukunft. Die Jugend muß erkennen, daß dieses Ringen um ihre Rechte, das auch in Südbaden einen viel stärkeren Ausdruck finden muß, untrennbar mit der Sicherung des Friedens und damit der Verhinderung eines von Atombomben und unsagbarem Leid beherrschten dritten Weltkrieges verbunden ist.

Deshalb darf in der Aktion um den 24-tägigen Urlaub, die von den badischen Jugendorganisationen beschlossen wurde, kein junger Mensch fehlen. Der Wille, der im Beschluß der Vertreter der Gewerkschaftsjugend, der FDJ, der Katholischen und Evangelischen Jugend, der „Falcken“ und der Naturfreunde zum Ausdruck kommt, zwingt jeden jungen Menschen, sich ernsthaft die Frage vorzulegen, ob er seine Kräfte bereits in den Dienst der Interessen der gesamten Jugend gestellt hat.

Hier darf niemand fragen, ist der Freund katholisch oder evangelisch, hat der Freund diese oder jene Meinung zu den politischen Fragen unserer Zeit. Allein maßgebend darf nur die entscheidende Frage sein: Ist der Freund bereit, sich für die Forderungen der gesamten Jugend einzusetzen? Wenn ja — dann: Freund reiß Dich ein!

Absatzschwierigkeiten der Keramikindustrie

Generalversammlung der IG Keramik in Zell a. H.

Zell a. H. (Volkskorresp.) Am vergangenen Freitag fand in Zell eine gutbesuchte Jahresversammlung der Keramikarbeiter statt. An Stelle des erkrankten ersten Vorsitzenden gab Kollege Kapferer den Jahresbericht. Anschließend berichtete der Betriebsratsvorsitzende der Keramischen Industrie in Zell a. H. über die Tätigkeit im vergangenen Jahre und über die Geschäftslage. Wie er erklärte, seien die Absatzschwierigkeiten bei der Keramischen Industrie groß. Besonders stark mache sich die Konkurrenz der Werke

der Bizonen bemerkbar. Hinzu kämen noch die außerordentlich schleppenden Zahlungseingänge. Vielfach habe das Werk mehr als 30 000 DM Außenstände zu verzeichnen. Dadurch sei schon manchenmal eine außerordentlich kritische Lage entstanden, da die Lohnzahlungen unter allen Umständen immer gesichert werden müßten.

Kollege Keim, Sekretär der IG Chemie, Papier und Keramik, sprach anschließend über die Aufgaben, die vor unserer Gewerk-

Und da muß noch ein Wort zu den Freunden in der FDJ gesagt werden. Haben wir es wirklich schon ganz verstanden, die Jugend in den Betrieben, auf die es vor allem bei der Sicherung des Urlaubsrechtes ankommt, die Jugend in den Handwerksbetrieben, die Jugend auf dem Lande, die jungen Hausgehilfen und die jungen Büroangestellten für diesen Kampf zu mobilisieren? Haben wir es verstanden, der Jugend auch in Südbaden begreiflich zu machen, wie notwendig es ist, sich an allen Bemühungen zu beteiligen, die unsere Rechte sichern sollen? Haben wir selbst wirklich unsere ganze Kraft eingesetzt, um den Kampf der werktätigen Jugend voll und ganz zu unterstützen und ihn wirklich vorbildlich zu führen?

Hierin liegt der Sinn des Deutschlandtreffens

Von der Beantwortung dieser Frage hängt es ab, wie weit uns die Jugend in Stadt und Land ihr Vertrauen schenkt. Das muß jeder FDJ'ler erkennen. Dann wird er auch fähig sein, seinen Freunden im Betrieb und in der Schule klar zu machen, warum wir uns zu Pfingsten in Berlin treffen wollen. Dann werden die Freunde begreifen, weshalb es notwendig ist, daß sich die gesamte Jugend an dem Kampf um den Jugendarbeitsschutz beteiligen muß. Dann werden die Schranken zwischen der Jugend, die künstlich zwischen ihnen aufgerichtet wurden, fallen und die deutsche Jugend wird einig und entschlossen den Kampf um die Grundrechte der Jungen Generation, um die Erhaltung des Friedens, den Kampf um unser Vaterland und seine Freiheit von kolonialen Joch aufnehmen und der Welt zu Pfingsten in Berlin beweisen können, daß sie es mit ihrem Friedenswillen ernst meint. In der Erkenntnis dieser Notwendigkeit, gemeinsam für die Interessen der Jugend zu kämpfen, liegt der Sinn des Deutschlandtreffens!

Freiburg. Am heutigen Mittwoch findet um 20 Uhr in der Vaubanstr. 20 eine Versammlung aller Genossen statt. Bitte erscheinen pünktlich!

Freiburg. Am Freitag, 31. März, findet um 20 Uhr in der Vaubanstr. 12 eine erweiterte Stadtvorstands-Sitzung statt, zu der außerdem alle Genossen und Funktionäre eingeladen sind, die in Betrieben schaffen. Zur Vorbereitung dieser wichtigen Sitzung wird die Aufgabe gestellt, aus der Resolution der 14. Parteivorstandssitzung das Kapitel über die „Einheit der Arbeiterklasse“ sorgfältig zu studieren in Verbindung mit der Rede Togliattis auf der Novembertagung des Informbüros.

Singen. Mitgliederversammlung Stadtteil II am Freitag, 31. März, um 20 Uhr, bei Gen. Steinmayer, Görresstraße 4. Mitgliederversammlung Stadtteil III am Freitag, 31. März, um 20 Uhr, bei Gen. Schellhammer, Laubenweg 12.

Thema für beide Versammlungen: Ideologische Klärung und Festigung, Fortsetzung. Rielasingen. Mitgliederversammlung am Freitag, 31. März, um 20 Uhr in der Wirtschaft „Rosenegg“. Thema: Ideologisch-politische Festigung unserer Partei auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus. Die Mitglieder der Ortsgruppe werden gebeten, vollzählig zu erscheinen.

Lörrach. Am Samstag, 1. April 1950, nachmittags 14 Uhr, findet auf dem Kreissekretariat, Feldbergstraße 7, in Lörrach eine wichtige Parteilarbeiter-Konferenz statt. In Anbetracht der Wichtigkeit bitten wir die Funktionäre der Betriebsgruppen, Betriebsräte, Gemeinderäte, Pol- und Orgleiter aller Parteinheiten um unbedingtes Erscheinen. Ein Vertreter der Landesleitung wird sprechen.

Waldkirch. Am Samstag, dem 1. April, 20 Uhr findet für die Ortsgruppe Waldkirch und Kolmar, der erste nach der letzten Mitgliederversammlung festgelegte Bildungsabend statt. Als Thema steht „Die Rolle der Partei und ihre Aufgaben in Waldkirch“. Ein Genosse aus Freiburg wird anwesend sein.

Gallingen. Mitgliederversammlung Samstag, 1. April, 20 Uhr, in der Wirtschaft „Zum Schwert“. Thema: Ideologisch-politische Festigung. Ref. Max Fecht.

Landkreis Bühl. Sonntag, 2. April, 8.30 Uhr, im „Feldschloßchen“ in Achern Kreismitgliederversammlung. Alle Genossen sind eingeladen.

Sipplingen. Am Sonntag, 2. April 1950, nachmittags 14.30 Uhr, findet in Sipplingen, Gasthaus zur Krone, eine öffentliche Versammlung statt. Hierzu laden wir die Bevölkerung von Sipplingen und Umgebung freundlichst ein.

AUS DER ARBEIT DER PARTEI

Neustadt. Am vergangenen Sonntag fand im Gasthaus zum „Hirschen“ eine Mitgliederversammlung der KPD statt. Kreissekretär Gen. Tschigirei referierte über die ideologische Festigung der Partei auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus. Im Anschluß daran wurde in einer guten Diskussion zu den aufgeworfenen Fragen Stellung genommen.

Gewerkschaft der Bauarbeiter

Freiburg. Am Samstag, 1. 4. 1950 um 19.30 Uhr findet im Gewerkschaftshaus die Generalversammlung der Fachgruppe der Maurer und Hilfsarbeiter statt.

Am Sonntag, 2. 4. 1950 um 9.30 Uhr findet im Gewerkschaftshaus eine Fachgruppenversammlung der Poliere und Schachtmeister statt.

Bürgermeisterversammlung

Rastatt. Am Freitag, den 31. März, morgens 9.15 Uhr, findet in Kuppenheim, im Gasthaus zum „Ochsen“ die Bürgermeisterversammlung für den Monat März statt. Die Anfuhr erfolgt mit einem Omnibus der Firma Walz, Kuppenheim, ab Bahnhof Rastatt um 8.30 Uhr.

Volksbildungswerk

Lörrach. Der für Mittwoch, 29. 3. 1950 angezeigte Vortrag von Dr. F. Störck über „Die Entstehung des Weltalls“ findet wegen Krankheit des Redners erst nach den Osterferien statt.

Man hätte 1500 Wohnungen finanzieren können

Leserbrief zum Freiburger Wiederaufbau

Freiburg. Ein Leser unserer Zeitung, Architekt und Freiburger Bürger, bittet uns, folgende Zuschrift zu veröffentlichen, die zu den Verhandlungen im Stadtrat Stellung nimmt:

„Karlskasernen: Solange die Frage des Südwestbaus nicht geklärt ist, dürfte nach meiner Meinung die Frage des Aufbaus der Karlskasernen sowieso müßig sein, es sei denn, man nimmt es garnicht so ernst damit, dieses Gebäude Regierungsbüros zur Verfügung zu stellen. Bleibt im übrigen Freiburg nicht Regierungstadt, so ist die große Zahl Büros, die heute noch von der Regierung unterhalten werden, völlig überflüssig.“

Der Wiederaufbau des alten Gebäudes ist auch in baulicher Hinsicht verfehlt. Will man schon Läden in das Gebäude mit hineinbauen, so gehören sie an die Front der Kaiser-Josef-Straße, nicht an die Nord- und Südseite. Rücksichten auf die alte Fassade sind nicht angebracht. Uebrigens war der alte Bau höchst unrationell, die Räume waren viel zu tief und nur ungenügend beleuchtet, da die Fenster zu klein sind. An ein modernes Bürogebäude stellt man ganz andere Anforderungen, die in der alten Karlskasernen garnicht durchzuführen sind. Auch ist es sehr frag-

lich, ob sich überhaupt der Aufbau der Kasernen lohnt, da ein mir bekanntes Gutachten der Baupolizei davon spricht, daß das Mauerwerk zu 90 Prozent abzubrechen sei. Ein Neubau käme erheblich billiger und wäre zweckentsprechender.

Theaterbau: Der geplante Ladenanbau auf der Nordseite verdirbt den alten Bau noch vollständig. Der alte Bau war ein klarer, guter Baukörper, mit einer ziemlich einheitlichen Architektur, wenn sie auch den heutigen Anschauungen nicht mehr entspricht. Was aber jetzt entsteht, ist ein unübersichtliches Konglomerat mit einem Mischmasch an Formen, die verfehlt sind. Ganz verdoerben ist zum Beispiel der Aufsatz auf dem Bühnenhaus, der wie mit der Schere abgeschnitten wirkt.

Wohnungsbau: Wenn man die Kosten des bisherigen Theaterbaus, die jetzt noch bestritten werden, mit den Kosten des Wiederaufbaus der Karlskasernen zusammenrechnet, so hätten sich etwa 1500 Wohnungen bezuschussen lassen, wodurch eine bedeutende Erleichterung geschaffen worden wäre. Die Ausrede, daß der Theaterbau und die Karlskasernen dem Wohnungsbau keine Gelder entziehen, ist irreführend. (m)



8. Fortsetzung

IAX

Im State Department wurden wir gefragt, welchen Teil Amerikas wir besichtigen wollten. K. M. Simonow sagte, daß er sich für den Film interessiere und Hollywood besuchen wolle. General Galaktionow wurde von einer der größten Zeitungen nach Chicago eingeladen, aber als ich das Wort „Süden“ aussprach, verstummten die Amerikaner; dann wurde mir erwidert — der Süden ist weit und auch nicht komfortabel. Ich gab zur Antwort, daß es wohl von Moskau nach Washington weiter sei als von Washington bis zum Mississippi, und daß als Kriegsberichterstatter mich das Fehlen jeglichen Komforts — nach Erdhütten und Unterständen — durchaus nicht schreckte. Ich wollte unbedingt den Süden besuchen, weil mir die Neger sofort ans Herz gewachsen waren, und weil die Bücher — vom Leid der Schwarzen —, die ich in meiner Kindheit gelesen hatte, noch in meinem Gedächtnis waren; weil ich die Bücher der modernen amerikanischen Schriftsteller Faulkner und Steinbeck, die dem Süden gewidmet sind, sehr gern habe.

Mir hatte ein Südländer versprochen, daß er mir den Süden zeigen wolle — der Sohn eines Admirals, der linksstehende Journalist Gilmore, denn er hatte einen guten „Bulck“

und ein paar Wochen Zeit. Wir sprachen französisch miteinander. Als Begleiter hatte mir das State Department den Redakteur der Zeitschrift „Amerika“, Mister Nelson, mitgegeben. Und unterwegs schloß sich uns auch noch einer der bekanntesten New Yorker Journalisten, Sam Grafton, an, der den Wunsch hatte, einige Skizzen über das Zusammentreffen eines sowjetischen Schriftstellers mit den Sklavenhaltern des Südens zu schreiben. Meine Begleiter hatten den Wunsch ausgesprochen, sich nach russischer Sitte mit Namen und Vaternamen anzureden, also Bill Benediktowitsch Nelson, Daniel Horaciewitsch Gilmore und Sam Noamowitsch Grafton. Bill Benediktowitsch, der bisher noch niemals im Süden gewesen war, staunte über all das, was wir sahen, nicht weniger als ich, und er wie eine Hütte betreten, in der drei Negerfamilien hausten, rief er aus: „Ich konnte bisher nicht glauben, daß so etwas möglich ist!“ Ich gab ihm zur Antwort: „Endlich ist Onkel Sam dem Onkel Tom begegnet.“

Ein Eisenbahnzug. Bequeme, halbeiserne Wagen, in denen Weiße sitzen, Whisky trinken und vor sich hin duseln. Und ein überfüllter Wagen — mit Schwarzen. Ein Wolkenbruch, eine Straßenbahnhaltestelle. Eine Straßenbahn hält, sie ist leer; aber die Negerinnen mit ihren Kindern bleiben im Re-

gen stehen: die Plätze, die für Neger bestimmt sind, sind besetzt. Ein Park, ein Schild: „Für Farbige kein Zutritt!“ Ein Schuhladen: ein Neger muß seine Schuhe kaufen, ohne sie vorher anzuprobieren, denn nachdem ein Schwarzer ein Paar Schuhe angemessen hat, können sie einem Weißen nicht mehr angeboten werden. Und wie viele haben mir die Amerikaner von ihren Freiheiten erzählt — von der Freiheit der Presse, von der Freiheit des Gewissens, von der Freizügigkeit! O weh, eine Freiheit vergaßen sie — das Anprobieren im Schuh-

In allen Südstaaten besteht das Gesetz der „Rasseneinteilung“; Rassendiskriminierung ist hier nicht Sittlichkeit, sondern Staatsgesetz. Die Neger haben kein Recht, die Versammlungen der Weißen zu besuchen, sie dürfen auch eine Kirche, in der Weiße beten, nicht betreten, und selbstverständlich dürfen sie gar nicht erst von Theatern oder Kinos, die für Weiße bestimmt sind, trümen.

Ich habe vier Staaten kreuz und quer bereist: Tennessee, Alabama, Mississippi und Louisiana. Ich habe viel Wunderbares gesehen: den Aufbau des Tales Tennessee, in dem prachtvolle Städte mit bequemen Cottages emporwachsen; die alten Bauten New Orleans, Berge, breite Ströme und die Bläue des Golfes von Mexiko. Aber ich sah auf Schritt und Tritt das Schrecklichste — Beliedigung der Menschen durch Menschen. Im Süden wie auch im Norden gibt es prachtvolle Bahnhöfe. Ich wünschte, ich könnte dieses Land rühmen, das so viel schuf, um den Alltag des Menschen leichter zu machen. Aber ich kann es nicht rühmen, denn auf diesen prachtvollen Bahnhöfen sah ich überreichende Winkel mit der Aufschrift: „Für Farbige!“ Der Inhaber einer Baumwollplantage hatte uns eingeladen. Er wohnte in einem vornehmen Hause, das von alten Bäumen umgeben war. Er hatte eine elegante, weiße Frau, und Kinder, weiß und schön gekleidet. Um sie herum arbeiteten schwitzend schwarze Sklaven. Im Hause dieses Plantagenbesitzers waren alle Wun-

der Amerikas zu finden — vom großen Radiopmpfänger, der Taschkent, Melbourne Ventilator. Ich sprach über die Qualen der Neger. Aber lächelnd gab mir der Plantagebesitzer zur Antwort, daß die Neger nicht wie Menschen behandelt werden dürfen: „Es sind eher Tiere...“ Weder das Radio noch der Ventilator haben auf die geistige Entwicklung dieses Sklavenhalters eingewirkt. Als wir ihn verließen, sagte ich zu meinen Begleitern: „Er ist kein Mensch — er ist ein Tier!“

XVII

Mississippi-Delta — Baumwollplantagen. Der Boden gehört den Weißen; sie verpachten ihn an die Schwarzen. „Die Pächter müssen die eine Hälfte der Baumwollernte an den Grundbesitzer abliefern und die andere Hälfte müssen sie an ihn verkaufen. Der Baumwollpreis wird vom Grundbesitzer festgelegt, und die paar Groschen, die die Neger erhalten, können sie wiederum nur in denjenigen Läden, die diesen Grundbesitzern gehören, ausgeben. Vielleicht ist dieses Verhältnis nach Ansicht der amerikanischen Juristen „Pacht“, aber in Wirklichkeit ist das Sklaverei! Ich lerne Grundbesitzer kennen, die zugleich auch Baumwollaufkäufer, Schuhhändler, Petroleumhändler und Zigarrenhändler sind. Früher wurden die Zigarrenkisten mit bunten Bildern beklebt, und an diese Bilder erinnerte ich mich jetzt: Sklavenhalter mit einer Peitsche und buntkleideten Negerinnen auf den Plantagen... In meiner Gegenwart schrie einer dieser Plantagenbesitzer alte Neger an: „Eh, John, schneller!“

Einmal betrat ich eine Hütte, in der dreißig Menschen hausten; sie schliefen alle auf dem Boden. Oh, wie weit ist das doch entfernt von der gepriesenen amerikanischen Technik, von der künstlich gekühlten Luft, von dem Überkomfort! Und hier — stickige Luft, Lumpen, über Geruch. In diesem überhygienischen Amerika gibt es

Menschen, die ein Leben führen wie Tiere. Eine Negerin erzählte mir, daß ihre Schwester im Wochenbett gestorben sei, denn der Mann der Schwester hatte keinen Arzt holen können — er verdient im Jahr hundertachtzig Dollar, und der Arzt hätte ihm sechzig Dollar gekostet. Ich lernte eine siebenköpfige Familie kennen, deren Jahresverdienst insgesamt dreihundert Dollar betrug; eine andere Familie, die aus vier Personen bestand, hatte im Jahre zweihundert Dollar verdient. Der Besitzer dieser Plantage war nur ein kleiner Plantator und klagte, daß das vergangene Jahr ein schlechtes Jahr gewesen sei. Ich fragte ihn, wieviel er in diesem Jahr verdient habe, er antwortete: „Sehr wenig — nur fünfundzwanzigtausend Dollar.“

Einer der Sklavenhalter von Louisiana sagte zu mir: „Sie kennen die Neger nicht! Sie leben wie im Paradies, denn sie brauchen ja nichts weiter...“ Eine Schule gab es auf der Plantage nicht; dafür aber hatte man für die Neger eine Kirche mit einem schwarzen Pastor eingerichtet; entkräftet von der überschnellen Arbeit können die Neger sterbend ihr Halleluja singen! Ein Neger sagte mir: „Ich glaube, daß es in der anderen Welt zwei Paradiese gibt — eins für die Weißen und eins für die Schwarzen, aber ich glaube, daß das Paradies der Schwarzen nicht schlechter sein wird...“ Auch er vermochte sich selbst ein Paradies ohne Rassenteilung nicht vorzustellen.

Betrübt schwiegen meine Begleiter Bill Benediktowitsch, Daniel Horaciewitsch und Sam Noamowitsch. Aber unbekümmert sprach der Sklavenhalter: „Nehmen Sie doch Nüsse — trinken Sie Whisky. Es ist gut, daß ein russischer Gast uns besucht hat. In Rußland gibt es doch wohl auch Baumwolle...“ Ich sah auf den grellgelben Fluß, auf den breiten Mississippi. Ich weiß, was menschliches Leid ist, und doch fand ich am Ufer dieses Flusses keine Worte — ich schämte mich, Menschen anzusehen.